

Hassel, Horst von

Wider die pragmatische Mutlosigkeit. Eine Gegenposition zu Dieter Wunders Einschätzung der "Sekundarschule"

Die Deutsche Schule 85 (1993) 3, S. 265-269



Quellenangabe/ Reference:

Hassel, Horst von: Wider die pragmatische Mutlosigkeit. Eine Gegenposition zu Dieter Wunders
Einschätzung der "Sekundarschule" - In: Die Deutsche Schule 85 (1993) 3, S. 265-269 - URN:
urn:nbn:de:0111-pedocs-311833 - DOI: 10.25656/01:31183

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-311833>

<https://doi.org/10.25656/01:31183>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Die Deutsche Schule

Zeitschrift für Erziehungswissenschaft,
Bildungspolitik und pädagogische Praxis

85. Jahrgang 1993 / Heft 3

Die Bildungspolitik ist wieder in Bewegung gekommen: Nachdem die Schulreform Ende der 70er Jahre weitgehend durch eine konservative Wende in allen Ländern und im Bund gestoppt worden war, stehen die Zeichen nun deutlich auf Veränderung. Viele Probleme in unserer Gesellschaft werden bedrängender, und die Schule soll zu ihrer Lösung mindestens beitragen. Die neuen Länder haben das westdeutsche Schulsystem nicht unverändert übernommen, neue Entwicklungen müssen mit dem KMK-Rahmen vereinbar gemacht werden. Der europäische Integrationsprozeß ist ebenso wie die kürzere Schulzeit der Gymnasien in vier der ostdeutschen Länder ein Anlaß, wieder einmal über die Dauer des Schulbesuchs bis zum Abitur zu streiten. Veränderte Qualifikationsanforderungen („Schlüsselqualifikationen“) haben die Arbeitgeber zu neuen Positionsbestimmungen in der Bildungspolitik geführt. Der Wandel der Kindheit macht ein neues Verständnis von Schule als Lebensraum erforderlich. Der Trend zu höheren Schulabschlüssen offenbart die Krise der Hauptschule immer stärker, und er „stärkt“ das Gymnasium bis zur Lähmung. Staatliche und kommunale Bildungspolitik muß reagieren.

Dieter Wunder

Die Sekundarschule – die Innovation der 90er Jahre?

Die GEW, zumindest ihr gerade wiedergewählter Vorsitzender, versucht, eine neue Positionsbestimmung zur Gesamtschule bzw. zu möglichen Zwischenschritten auf dem Weg dorthin zu finden. Kann die Sekundarschule (also die Verbindung von Haupt- und Realschule) mehr Integration ermöglichen und reformerischen Stillstand überwinden helfen?

Horst von Hassel

Wider die pragmatische Mutlosigkeit

Eine Gegenposition zu Dieter Wunders Einschätzung der
„Sekundarschule“

265

Der ehemalige Bremer Schulsenator verteidigt gegen eine pragmatische Wendung die ursprünglichen Ziele der Integration. (Dabei sei auch auf den Beitrag von Eckart Liebau in Heft 2/93 verwiesen.)

257

**Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule
Brandenburger Erklärung zur Gesamtschule**

270

Die Gemeinnützige Gesellschaft Gesamtschule (GGG) hat anlässlich ihres Bundeskongresses in Brandenburg eine Erklärung verabschiedet, die in der neuerlichen Strukturdebatte eine deutliche Position bezieht.

Ursula Dörger

Dreigliedrige Bildungsgänge oder allgemeine Grundbildung?

Über die administrative Schwierigkeit, pädagogische
Leistungskriterien zuzulassen

275

Die KMK verhandelt zur Zeit über eine Vereinbarung zu den „Bildungsgängen und Schularten der Sekundarstufe I“. Ursula Dörger analysiert den derzeitigen Beratungsstand und stellt kritische Rückfragen, die sich am Ziel einer allgemeinen Grundbildung orientieren.

Wolfgang Klafki

Die Empfehlungen zur Weiterführung der Schulreform in Bremen 289

In mehreren Bundesländern haben Parlamente bzw. Regierungen Experten-Kommissionen berufen, die Gutachten über die zukünftige Schulentwicklung der jeweiligen Länder erarbeiten sollten. Wolfgang Klafki, Vorsitzender der Bremer Kommission, stellt die übergreifenden Gesichtspunkte und die Kernelemente der Empfehlung vor.

Ernst Rösner

„Weiterentwicklung bestehender Angebotsformen“

Über die Arbeit und den Bericht der Enquete-Kommission
„Schulpolitik“ der Freien und Hansestadt Hamburg

297

Die jüngste Empfehlung zur Schulentwicklung in einem Bundesland stammt aus Hamburg. Im Vergleich mit Bremen sind dort die politischen und strukturellen Ausgangsbedingungen zwar anders, aber die Gutachten kommen zu ähnlichen Ergebnissen: Integration und innere Schulreform. Ernst Rösner, Mitglied der Hamburger Kommission, stellt zentrale und beachtenswerte Ergebnisse vor.

Wolfgang Böttcher

Probleme der Schulentwicklung bei knappen Ressourcen

307

Neuerdings werden in der bildungspolitischen Diskussion immer häufiger ökonomische Gesichtspunkte herangezogen: zum einen als Warnung, zum anderen aber auch als 'Vorbild' und Maßstab, an dem die Schule lernen könne. Wolfgang Böttcher setzt sich kritisch mit zwei Gutachten auseinander, die Schule mit – ganz unterschiedlichen – ökonomischen Maßstäben beurteilen: dem Kienbaum-Gutachten und dem Gutachten von Lehner und Widmaier.

Andreas Gruschka

Auf dem Weg zu neuen Ufern?

Die deutschen Arbeitgeber als neue Bündnispartner der
Integration von allgemeiner und beruflicher Bildung?

320

In der Regel stehen Schule und Wirtschaft in einem spannungsreichen Verhältnis zueinander; Pädagogik und Ökonomie bilden keine Harmonie. Neuerdings gibt es durchaus überraschende Berührungen: Das Verständnis füreinander scheint zu wachsen. Dabei sieht Andreas Gruschka die Arbeitgeber auf dem (halben) Weg zu neuen Ufern und ist gleichermaßen von der Halbherzigkeit der Arbeitgeber wie der Kultusminister enttäuscht, die mit der Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung nicht wirklich ernst machen wollen.

Hermann Giesecke

Vom Kanon-Mythos und anderen Irrtümern

330

Scharf und einseitig polemisiert dieser Diskussionsbeitrag gegen einige in der bundesdeutschen Schul- und Hochschulpolitik liebgewordene Selbstverständlichkeiten und regt vielleicht gerade dort zu produktivem Nachdenken an, wo man dem Verfasser am nachdrücklichsten widersprechen möchte.

Jochen Schweitzer

Autonomie als Prozeß

Anmerkungen zu den Thesen von Reinhard Hoffmann

„Für eine stärkere Autonomie der Schule“

338

In Heft 1/93 hatte Reinhard Hoffmann, der Bremer Staatsrat für Bildung und Wissenschaft, „für eine stärkere Autonomie der Schule“ plädiert. Diese Replik weist darauf hin, daß „mehr Autonomie“ auch zu Schwierigkeiten führt. Um so wichtiger scheint es, mögliche „Brüche“ durch eine sorgfältige Analyse der Bedingungen und die Klärung der Zielsetzungen und Erwartungen zu antizipieren.

Gernot Lückert

Autonome Schule – Schulleitung – Schulaufsicht

341

Bedingungen einer wünschenswerten Entwicklung

Wenn die Autonomie der Schule gestärkt werden soll, dann bedarf es vielfältiger Unterstützungen, die anregen und sichern sollen, ohne die Eigenständigkeit wieder einzuschränken. Auch die Bildungsverwaltung soll ihren Beitrag dazu leisten.

Peter Blankenburg

Autonomie ist möglich!

Ziele und Bedingungen der pädagogischen Schulentwicklung

345

Die Forderung nach größerer Autonomie der Schule mag all diejenigen verwundern, die sich in ihrem pädagogischen Handeln gar nicht eingeschränkt fühlen. Nicht an Autonomie mangle es, sondern an den Bedingungen, die es Lehrerinnen und Lehrern möglich machen, ihre Gestaltungsräume zu nutzen.

Hartmut Ditton

**Bildung und Ungleichheit im Gefüge von Unterricht,
Schule und Schulsystem**

350

Die Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte hat nur in Teilbereichen zu gleichen Bildungschancen geführt. Immer noch ist der Zusammenhang zwischen der sozialen Herkunft und der Wahl des Bildungsweges sehr eng. Durch differenzierte Fragestellungen gelingt es dem Autor, diese Beziehung genauer aufzuschlüsseln und den Anteil offenzulegen, den die Schule an der „Generierung von Ungleichheit“ nach wie vor hat.

Ralf Laging

Altersgemischte Gruppen als Beitrag zur Schulreform

364

In der Diskussion über jahrgangsübergreifende Gruppen wird häufig auf die Jenaplanschulen Peter Petersens verwiesen. Dabei fällt es vielen schwer, die aktuellen Probleme der Schule in diesen Texten wiederzufinden. Wenn man es jedoch als eine wichtige Aufgabe ansieht, Kindern und Jugendlichen jene Erfahrungen zu vermitteln, die für ihr Aufwachsen wichtig sind, dann scheint die altersgemischte Gruppe viele Ansatzpunkte zu bieten. In der Reformschule Kassel wurden daraus Konsequenzen gezogen.

Edgar Drefenstedt

Deutsche Pädagogen in der Zeit des Kalten Kriegs

Anmerkungen zu einem Aufsatz von Peter Dudek
in Heft 1/93 der „Deutschen Schule“

383

In Heft 1/93 hat Peter Dudek die „Gesamtdeutsche Pädagogik“ des „Schwelmer Kreises“ ausführlich geschildert. Ein Zeitzeuge dieser regelmäßigen und intensiven deutsch-deutschen Treffen möchte diese Darstellung aus seiner Sicht vertiefen, verdeutlichen und an einigen Punkten korrigieren.

Neuerscheinungen:

393

- Monika Fiegert: Die Schulen von Melle und Buer ...
- Inge Hansen-Schaberg: Minna Specht
- Herrlitz/Hopf/Titze: Deutsche Schulgeschichte
von 1800 bis zur Gegenwart
- Eckart Liebau: Die Kultivierung des Alltags
- Ludwig Haag: Hausaufgaben am Gymnasium

Horst von Hassel

Wider die pragmatische Mutlosigkeit

Eine Gegenposition zu Dieter Wunders Einschätzung der „Sekundarschule“

Grundsätzlich halte ich *Vielfalt im bundesdeutschen Schulwesen* nicht für eine Schwäche oder ein Versäumnis. Es ist gerade Ausweis eines funktionierenden Föderalismus, zentral begründet in der Kulturhoheit der Länder, wenn es im Schulwesen unterschiedliche Entwicklungen und Formen gibt. Das ständige Einfordern der notwendigen Einheitlichkeit der Schulstrukturen in der Bundesrepublik ist im Blick auf die tatsächlichen Unterschiede übertrieben, es dient der FDP als Begründung für die Zuordnung der Zuständigkeiten zum Bund (wo sie mehr Einfluß zu haben glaubt), der CDU aber vor allem als Instrument, mit dem progressive Entwicklungen in einzelnen Ländern auf das konservative Dreiklassen-Schulsystem zurückgezwungen werden sollen. Ein richtig verstandener Föderalismus hätte unterschiedliche Entwicklungen zu begünstigen, weil nur so Schulreform als Anpassung an veränderte Lebensbedingungen erfolversprechend betrieben werden kann. Voraussetzung dafür aber wäre die wechselseitige tolerante Anerkennung unterschiedlicher Strukturen.

Die Mehrzahl der Bundesländer und damit auch die KMK haben es versäumt, die eindeutigen Forschungsergebnisse der 70er Jahre konsequent in Schulreformen umzusetzen, vielmehr wurden an vielen Stellen *eingeleitete Reformen abgeschwächt, abgebrochen oder sogar revidiert*.

Man muß immer wieder daran erinnern, daß der „Deutsche Bildungsrat“ 1970 im Vorwort zu seiner Empfehlung „*Strukturplan für das Bildungswesen*“ einmütig erklärte, daß „kein Platz mehr ist für das unverbundene Nebeneinander von Schulen, die sich – volkstümlich für die einen, wissenschaftlich für die anderen – von verschiedenen Bildungsideen legitimieren“, und daß er sich dabei ausdrücklich auf die „*Resultate der modernen Begabungsforschung*“ berief.

Die Schulstruktur des „*Hamburger Abkommens*“ von 1964 (!) reproduziert vor allem in der Sekundarstufe I das ständisch gegliederte Gesellschaftssystem des vorigen Jahrhunderts, es begünstigt die herrschenden gesellschaftlichen Schichten, weil es Bildungschancen immer noch nach sozialen Lebensbedingungen zuteilt.

Da die verantwortliche Schulpolitik die an sich notwendigen Entscheidungen, nämlich die Entwicklung zu einem integrierten und differenzierten Schulsystem, nicht trifft, reagieren die Eltern mit einem veränderten *Schulwahlverhalten*, durch das die Hauptschule an den Rand des Verschwindens gedrängt wird, dafür aber das Gymnasium als die im bestehenden System höchst angesehene Schulform für immer mehr Schüler angestrebt wird, also auf diesem Wege dem Charakter einer Gesamtschule, einer Schule für alle

Kinder des Jahrgangs, immer näher kommt. Der größere Teil der Bevölkerung zeigt auf diese Weise, wohin es eigentlich gehen müßte mit der schulischen Weiterentwicklung.

Die *Beschlußlage der GEW* ist von erfrischender Eindeutigkeit. Sie will – so noch in ihrem Vorstandsbeschluß von 1991 – das tradierte Schulsystem ablösen und durch die integrierte Gesamtschule ersetzen, also durch eine Schule gemeinsamen Lebens und Lernens aller Schülerinnen und Schüler. Die Begründungen und Erkenntnisse der 70er Jahre hält die GEW als immer noch gültig und unbestritten tapfer hoch.

Auf diesem Hintergrund sind dann auch alle Modelle, die *Veränderungen innerhalb des Systems* betreiben wollen und dies als Fortschritt ausgeben (Integration von Haupt- und Realschulen, Sekundarschulen, Zwei-Wege-Modell, u. ä.), ebenso leicht wie überzeugend *zu kritisieren*. Indem sie alle einen Bogen um die separate Existenz des Gymnasiums machen, perpetuieren sie Selektivität und Schichtgebundenheit im bestehenden Schulsystem.

Bis hierher ergibt sich aus den vorerwähnten GEW-Beschlüssen eine überzeugende, geschlossene fortschrittliche Schulreformkonzeption. Erwartet werden muß nun eine ebenso entschlossene Strategie der GEW *zur Durchsetzung dieser Position*, bei der man sich doch auf vieles stützen kann:

- Die wissenschaftliche Begründung trägt nach wie vor.
- Die ineffektiven und widersprüchlichen Verwerfungen im bestehenden Schulsystem nehmen zu.
- Es ist mit Händen zu greifen, daß unsere Gesellschaft einen wachsenden Bedarf an Solidarfähigkeit ihrer Mitglieder hat.
- Benachbarte und befreundete Industriegesellschaften in Europa und darüber hinaus sind hoch leistungsfähig mit einem integrierten Schulsystem.

Stattdessen enthält die Stellungnahme von *Dieter Wunder* einen *pragmatischen Knick ziemlicher Mutlosigkeit*. Begründet mit den Fakten und Entwicklungen der Schulstruktur in den 16 Ländern wird der baldige Übergang zum integrierten System zur Illusion erklärt, wird ein längerfristiges Nebeneinander von Gymnasium und Gesamtschule (oder Gymnasium und Sekundarschule) als vorgegeben akzeptiert.

Das bedeutet, daß alle für möglich gehaltenen Veränderungsschritte innerhalb des bestehenden Systems erfolgen müssen und neben einem kleinschrittigen Fortschritt in Richtung Integration auch die Stabilisierung des selektiven Systems bewirken!

Wer die dreigliedrige Sekundarstufe I als gegeben hinnimmt, muß mit der Festlegung auf abschlußbezogene Schullaufbahnen leben. Wer den einheitlichen, aber profilierten Sek. I-Abschluß will, muß die Gesamtschule fordern. Wer das Ziel in erhöhter Durchlässigkeit zwischen den Schularten sucht, weiß, daß es sich dabei weit überwiegend um den Abstieg der Geseheiterten nach „unten“ handelt.

Auf diesem Hintergrund kann man die Entwicklung auch weder der Bereitschaft von Lehrern überlassen, sich für ein integriertes Schulsystem einzusetzen, noch der Wahl von Eltern, sich für mehr Gesamtschulen zu entscheiden. Eine „Bildungsgewerkschaft“ muß unmißverständlich von den politisch Verantwortlichen die entsprechenden Voraussetzungen einfordern,

hier vor allem von Sozialdemokraten und Grünen, daß sie *die integrierte Schule und überhaupt die Bildungspolitik wieder zum vorrangigen Politikziel erklären.*

Das propagierte „*Elternrecht*“ hat zwar in mehreren Bundesländern zur Einrichtung weiterer Gesamtschulen geführt. Es ist aber jedem klar, daß damit gleichzeitig die selektive Schule „Gymnasium“ im bestehenden System gefestigt wird und daß konservative Kräfte das „*Elternrecht*“ faktisch nur einsetzen, um auf diese Weise elitäre Schulen zu erhalten oder einzufordern.

Die dargestellten *Forderungen an den Gesetzgeber, an kommunale Schulträger und die KMK* sind für sich genommen alle richtig und wichtig:

- Schulgesetze zu novellieren,
- die Sekundarstufe I in Rahmenlehrplänen und Stundentafeln als Stufen-schule auszugestalten,
- durch Stufenlehrausbildung und Stufenlehrerbesoldung die Status-unterschiede der Lehrergruppen aufzuheben,
- Lehrerfortbildung, gerade für Gesamtschulen, auszubauen,
- in den Kommunen alle Bildungsabschlüsse wohnortnah erreichbar zu machen,
- in der KMK Rahmenvereinbarungen nach europäischem Standard zu treffen,
- gleichwertige, aber nach Profilen unterschiedliche Abschlüsse am Ende der Sekundarstufe I zu schaffen.

Diese Forderungen können aber nicht mit einer halbherzigen Samtpfoten-strategie erreicht werden, sondern man muß von Anfang an und durch-gängig sagen, daß alle diese Bausteine gedacht sind *zur Vorbereitung und zum Aufbau einer integrierten Sekundarstufen-I-Schule.*

Für mich bleibt nach der aktuellen Diskussion zur „Strukturfrage“ die *enttäuschende Quintessenz*, daß innerhalb der GEW zwar fortschrittliche bildungspolitische Positionen noch präsent sind, daß man aber *immer wieder zögert, ein geschlossenes Reformmodell* – die integrierte Schule – *vorzustellen* und konsequent einzufordern. Warum?

Vielleicht gibt es eine Erklärung in den Positionen von Dieter Wunder zur „Sekundarschule – Die Innovation der 90er Jahre?“ Heißt diese Position zu akzeptieren, daß sich in unserer Gesellschaft wichtige politische Einstellun-gen nach rechts verschoben haben und daß deshalb Fortschritt nur noch subversiv und kleinschrittig Erfolg haben kann? Meine Konsequenz wäre dagegen, *das Notwendige umso entschiedener einzufordern*, weil deutliche Positionsbestimmung mittelfristig auch die Meinungsführerschaft bewirken kann.

Oder steckt die Bremse in der *Vielfalt der Interessen innerhalb der GEW*, die sich an vielen Stellen eben nicht in der Zielvorstellung von der „gemeinsamen Schule für alle“ bündeln läßt? Ist die Zufriedenheit der Mitglieder an den verschiedenen Schulen wichtiger als ein klares bildungspolitisches Konzept?

Ein gleichzeitiger Kampf nach vorn und nach hinten überfordert und lähmt. Der Versuch, Politik für jede (bestehende) Schulart mit der Zielvorstellung

Gesamtschule in Einklang zu bringen, entspricht der Quadratur des Kreises. Wer will denn bei uns die Vernachlässigung der Hauptschule zugunsten der Gesamtschule? Die „Verelendung“ der Hauptschule ist Ergebnis eines hochselektiven Systems, ist der Preis, den hier (in der Hauptschule) junge Menschen dafür bezahlen, daß andere in diesem System bevorzugt werden. Deshalb muß man gerade da, wo die politisch Mächtigen besonders hartnäckig am bestehenden Schulsystem festhalten wollen, ebenso hartnäckig die reformierte Schule einfordern. Die Erkenntnis liegt doch vor: Der Auseinandersetzung über Schulstrukturen kann keiner ausweichen, auch in Bayern und Baden-Württemberg nicht.

An dieser schwierigen Stelle erscheint dann wie das erlösende Zauberwort die „*Elternnachfrage*“: Damit ich richtig verstanden werde: Selbstverständlich kann man niemals Schulstrukturveränderungen über die Köpfe der Bürger hinweg machen und ohne sie an der konkreten Ausgestaltung zu beteiligen. Aber nach meiner Meinung sind die von einer so weitreichenden gesellschaftspolitischen Veränderung „Betroffenen“ eben nicht nur die Eltern eines nach dem Zeitpunkt „zufällig“ befragten Schülerjahrgangs, sondern alle Bürger des jeweiligen Bundeslandes, auch die, die noch nicht oder nicht mehr schulpflichtige Kinder haben. *Die Umstellung eines Schulsystems von Selektion auf Integration gehört in die öffentliche politische Auseinandersetzung mit allen Wahlbürgern und ist dann bei entsprechendem Wahlausgang Angelegenheit der Mehrheit des jeweiligen Parlaments.* Die Angebotsstruktur einer Gesamtschule enthält dann so viele verschiedene Möglichkeiten, daß die differenzierte Ausgestaltung im einzelnen vor Ort (Profilierung) selbstverständlich nur mit den Lehrern, Eltern und Schülern der jeweiligen Schule erfolgen kann. Das Verfahren einiger Bundesländer, das den „Elternwillen“ zur Entscheidungsgrundlage für Einrichtungen von Gesamtschulen macht, entläßt die Parlamente aus ihrer Verantwortung, degradiert die Schulformen zu Katalogangeboten, stabilisiert das selektive System und führt niemals zu flächendeckender Umstellung auf ein integriertes Schulsystem. Wer letzteres aber eigentlich gar nicht mehr will oder es sich nicht mehr zutraut, der sollte dann auch eine erklärte Zielvorstellung ändern und das zweigeteilte (weithin selektive) Schulsystem mit Gymnasium und Gesamtschule (oder gar nur Sekundarschule) propagieren. Wenn man die GEW-Beschlußlage ernst nimmt, paßt dazu keine halbherzige Strategie. Wer sonst sollte denn in dieser Republik diese neue Schule eindeutig und hartnäckig einfordern?!

Auf diesem Hintergrund *müßten die GEW-Positionen so lauten:*

- 1.) Das Ziel – Gesamtschule als ersetzende Schule – ist richtig und eindeutig. Es verlangt *energisches Einfordern; Kleinmut und „Einstweilen-Schritte“ schwächen die Position.* Man hat alle guten Argumente. Elternrecht als juristische Position ist kontraproduktiv. Politische Forderungen von Bürgern nach dieser pädagogischen Schule sind zu unterstützen. Kommunale Schulentwicklung mit wohnortnaher Gesamtschule ist zu unterstützen. Verbesserungsbemühungen an bestehenden Gesamtschulen sind zu unterstützen.
- 2.) Als *Vorstufe* zur Gesamtschule ist nur akzeptabel die Einrichtung von additiven Gesamtschulen oder *Schulzentren*, die in vollintegrierter Stufe 5

und 6 (Orientierungsstufe) und teilentzogener Stufe 7 – 10 alle Schüler der jeweiligen Region, des jeweiligen Stadtteils oder des jeweiligen Ortes aufnehmen.

3.) In den bestehenden Schularten unterstützt die GEW im Interesse der Schüler jede *Bemühung um Pädagogisierung, Förderung und Abbau von Selektion*. Als Teile einer überholten Schulstruktur sind sie aber zu kritisieren und als nicht tragfähig für die zukünftige Entwicklung eines Schulwesens abzulehnen.

Horst von Hassel, geb. 1928

bis 1991 Dezernent für Schule und Kultur der Stadt Bremerhaven, davor von 1979 – 1983 Bildungssenator im Land Bremen.

Adresse: Delbrückstr. 9, 28209 Bremen